

26.03.08

Chancengleichheit per Gesetz?

Zu «Familien sollen gestärkt werden», bz vom 18. März

Kinder zu fördern ist wertvoll. Musikschulen, Sportunterricht, Sprachen, das sollte günstiger werden. Wenn dies an einer guten Tagesschule positiv vereint ist, um so besser. Aber: Tagesschulen müssen freiwillig sein. Die Eltern haben die Pflicht, aber auch das Recht, die wunderbare Aufgabe der Erziehung selber wahrzunehmen, darin zu wachsen, innerlich zu reifen. Soll das den Eltern unter sagt werden? Zudem finde ich, dass ein gutes Angebot nicht ganz gratis sein darf. Wettbewerb verbessert den Markt. Wenn es nichts kostet, ist es auch nichts wert. Ein Monopol von dieser Tragweite hat meines Erachtens nach kommunistische Züge.

CORNELIA KRICKEL, LIESTAL

Zu «Mogelpackung», bz vom 14. März

bz
26.3.08

Herr Oelkers hat eine Expertise zum Bildungsgutschein und zur freien Schulwahl verfasst, die nun die Gegner unserer Initiative gerne zitieren. Der Professor hat die Entwicklung der Idee des Bildungsgutscheins untersucht und beurteilt diese am Ende negativ. Nur – wir wollen keinen Bildungsgutschein. Wir wollen das, was zum Beispiel in den skandinavischen Ländern und in Holland – dort seit 1917 – zur grossen Zufriedenheit der Bevölkerung auch 2008 noch funktioniert, für Baselland übernehmen: Freie Schulwahl bei öffentlicher, direkter Pro-Kopf-Finanzierung der dazu berechtigten nichtstaatlichen Schulen. Dass diese ausländischen Schulsysteme nicht einfach unverändert übernommen werden können, versteht sich von selbst. Ebenfalls klar ist, dass die vielen nötigen Details in einem Gesetz geregelt werden müssen. Ob bei freier Schulwahl und öffentlich finanzierten nichtstaatlichen Schulen «die Ungleichheit der Bildungschancen der Kinder wächst», wie Werner Hänger befürchtet? Wir von der Elternlobby sind davon überzeugt, dass sich die Chancengerechtigkeit teilweise sogar verbessert, erstens dadurch, dass neu auch finanzschwache Eltern für ihre Kinder die Schule frei wählen können und zweitens dadurch, dass es neue nichtstaatliche Schulen geben wird, die sich speziell den Nöten der benachteiligten Kinder annehmen werden.

HEINI MUNDWILER, HÖLSTEIN